

# STADT KITZINGEN



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 20.02.2014

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.02.2014  
Beginn: 18:35 Uhr  
Ende: 19:35 Uhr  
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

---

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Oberbürgermeister Siegfried Müller

#### **CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

ohne Ziffer 4, Beschluss

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

#### **SPD-Stadtratsfraktion**

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

#### **UsW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

2. Bürgermeister Werner May

Stadtrat Manuel Müller

#### **FW-FBW-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

#### **KIK-Stadtratsfraktion**

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

#### **UKB-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter  
Stadtrat Karl-Heinz Schmidt  
**ödp-Stadtratsgruppe**  
Stadtrat Jens Pauluhn  
**ProKT-Stadtratsgruppe**  
Stadtrat Franz Böhm  
Stadtrat Hans Schardt  
**Ortssprecher**  
Ortssprecher Dieter Pfrenzinger  
Ortssprecherin Anna Schlötter  
**Schriftführer**  
Verwaltungsfachwirt Herbert Müller  
**Berichterstatter**  
Bauingenieur Oliver Graumann  
Verwaltungsrat Ralph Hartner  
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger  
Stadtkämmerer Bernhard Weber

**Entschuldigt:**

**SPD-Stadtratsfraktion**  
Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul  
**ödp-Stadtratsgruppe**  
Stadträtin Andrea Schmidt

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

**1. Genehmigung der öffentlichen Niederschriften des Stadtrates vom 05.02.2013 und 19.02.2013**

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegenden Protokolle und erkundigt sich nach Fragen.

Bürgermeister Christof äußert sich kritisch über die lange Dauer. Nach vier Wochen müsste ein Protokoll vorliegen, um damit arbeiten zu können.

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 0**

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 05.02.2013 sowie vom 19.02.2013 gelten gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

**2. Zuschuss an die Mittagsbetreuungsgruppen und Ganztagsklassen der Schulen unter städt. Sachaufwandsträgerschaft**

Oberbürgermeister Müller verweist kurz auf den Sachvortrag.

Stadträtin Wachter als Schulreferentin spricht sich für den Beschlussentwurf aus und stellt dar, dass bis auf weiteres der Zuschuss gewährt werden sollte.

Stadträtin Glos bittet bei der Prüfung der Belege den Maßstab nicht zu hoch anzusetzen.

**beschlossen**                      **dafür 29** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen gewährt jeder Mittagsbetreuungsgruppe und Ganztagsklasse an den Schulen unter ihrer Sachaufwandsträgerschaft bis auf Weiteres einen jährlichen Zuschuss zur Verbesserung des Angebots (Ausstattung, Kursangebote, etc.) in Höhe von 500 Euro. Zum Schuljahresende muss der Verwaltung ein Verwendungsnachweis vorgelegt werden.

**3.                      Städtisches Grundvermögen;  
Grundsatzbeschluss zur potenziellen Entwicklung einer Methanisierungs-  
anlage und Wasserstofftankstelle auf dem städtischen Grundstück Fl.Nr.  
7436**

**beschlossen**                      **dafür 29** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat begrüßt in Kenntnis der im Sachvortrag genannten Rahmenbedingungen das Vorhaben einer Methanisierungsanlage und Wasserstofftankstelle (power-to-gas-Anlage) auf dem Grundstück Fl.Nr. 7436.

**4.                      Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V.101 "Photovoltaik Flugplatz";  
hier: Beschlussfassung zum Durchführungsvertrag gem. § 12 BauGB**

Oberrechtsrätin Schmöger geht ausführlich auf den Sachverhalt sowie den Durchführungsvertrag zum vorhabensbezogenen Bebauungsplan „Photovoltaik Flugplatz“ ein.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob die Rückbauverpflichtung laut § 9 abgesichert sei.

Oberrechtsrätin Schmöger verneint dies.

**beschlossen**                      **dafür 28** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, den dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Durchführungsvertrag zum oben genannten vorhabenbezogenen Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB mit der Fa. Blumquadrat GmbH abzuschließen. Herr Oberbürgermeister Müller wird ermächtigt, den beigefügten Durchführungsvertrag zu unterzeichnen.

**5. Ehemalige Harvey Barracks - Vorhabenbezogener Bebauungsplan V.101  
"Photovoltaik Flugplatz"**  
**hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Offenlage des  
Planentwurfs nach § 3 Abs. 2 bzw. § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbe-  
schluss**

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 bzw. § 4.2 BauGB eingegangenen Anregungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach gerechter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander (nach § 1 Abs. 7 BauGB) entsprechend der beigefügten Abwägungsvorschläge beschlossen.
3. Der der Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 101 „Photovoltaik Flugplatz“ mit planungsrechtlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan, jeweils in der Fassung vom 19.12.2013, sowie der gemeinsamen Begründung mit Umweltbericht nach § 2a BauGB in der Fassung vom 19.12.2013 wird nach § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit Art. 81 BayBO sowie Art. 23 GemO als Satzung beschlossen.

**6. Europäische Metropolregion Nürnberg;  
hier: Mitgliedschaft aufgrund zusätzlicher Organisationsform**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Sachvortrag und die nun geänderte Rechtsform der Metropolregion Nürnberg und bittet um Beschlussfassung, dem Verein beizutreten.

Stadträtin Glos wundert sich, dass lt. Sachvortrag für die Stadt Kitzingen keine Kosten anfallen, jedoch lt. Satzung ein Mitgliedsbeitrag erhoben werden kann. Verwaltungsrat Hartner erklärt, dass die Stadt Kitzingen als größte Kommune im Landkreis Kitzingen in der Europäischen Metropolregion Mitglied sein kann und den Beitrag der Landkreis übernehme. Für die Stadt Kitzingen ändere sich auf Nachfrage bei der Metropolregion nichts, so dass kein Beitrag für die Stadt entstehe.

Bürgermeister Christof bittet um Information, welchen Nutzen die Stadt aus der Mitgliedschaft habe.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

**beschlossen                      dafür 29    dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen tritt dem Verein „EMN Europäische Metropolregion Nürnberg“ bei.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderliche Beitrittserklärung abzugeben.

## **7. Auftragsvergaben**

### **7.1. Klärwerk Kitzingen - Betriebsgebäude - Sanierung hier: Vergabe der Ingenieurleistungen nach HOAI 2013**

**beschlossen                    dafür 26    dagegen 3**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag für die Ingenieurleistungen für die Sanierung des Betriebsgebäudes auf dem Klärwerk Kitzingen wird an das Architekturbüro Roth und Partner Architekten GbR, Alte Burgstraße 2, 97318 Kitzingen, mit einer Honorarsumme von 72.110,84 € brutto gemäß Angebot vom 24.01.2014 vergeben.

Bürgermeister Christof, Stadträtin Richter und Stadtrat Schmidt geben zu Protokoll, dass sie nicht gegen das Architekturbüro gestimmt haben sondern vielmehr gegen das Vergabeverfahren.

Oberbürgermeister Müller gibt zu Protokoll, dass Stadtrat Schmidt mit abstimmen durfte, nachdem er sein Angebot zurückgezogen habe.

## **8. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2007 - 2010 durch den Bayer. Kommunalen Prüfungsverband**

### **8.1. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2007 - 2010 Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.04. und 15.04.2013 TZ 6 und TZ 29 d: Baugenehmigungsfreie Geschossflächenveränderungen würden gezielt zu ermitteln und die Herstellungsbeiträge festzusetzen (Si.Vorl. bereits f. SR-Sitzung am 12.12.13 versandt.)**

**beschlossen                    dafür 29    dagegen 0**

Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seinen Sitzungen am 09.04. und 15.04.2013 sich der Auffassung des Bayer. Kommunalen Prüfungsverbandes – BKV – angeschlossen hat, dass im Sinne der Beitragsgerechtigkeit auf die Erhebung der Beiträge für Dachgeschossausbauten der zurückliegenden 22 Jahre nicht verzichtet werden kann.

Der Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses wird zugestimmt.

### **8.2. Bayer.Kommunaler Prüfungsverband Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2007 - 2010, TZ 4a), b) Sonstige Hinweise zur Informationstechnik, TZ 16) Auswirkungen langfristiger Kasseneinnahmereste auf den Soll-Abschluß nicht beachtet (Si.Vorl. bereits f. SR-Sitzung am 12.12.13 versandt.)**

**Ohne Abstimmung**

TZ 4a) Nutzung verbesserter Übertragungsstandards im Online-Banking-Verfahren „s-firm“

Seit 12.09.2012 wird für jeglichen Zahlungsverkehr das Online-Banking-

Verfahren „s-firm“ genutzt.

TZ 4b) Fortschreibung der Dienstanweisung für Kasse und IT – Betrieb

Im Hinblick auf die Umstellung auf SEPA (einheitlicher Zahlungsverkehr in Europa) zum 01.02.2014 wird die Dienstanweisung für die Stadtkasse im Jahr 2014 entsprechend angepasst.

TZ 16) Auswirkungen langfristiger Kasseneinnahmereste auf den Soll-Abschluß nicht beachtet

Bei diesen Kasseneinnahmeresten handelt es sich im Wesentlichen um Straßenausbaubeiträge im Zuge der Dorferneuerung Etwashausen.

Zu den einzelnen Kasseneinnahmeresten wird wie folgt Stellung genommen:

FAD 2355	Zahlung erfolgt
FAD 4060	Zahlung erfolgt
FAD 2457	Hauptforderung gezahlt, Zinsen für die Aussetzung der Vollziehung befinden sich in der Vollstreckung
FAD 11216	Hauptforderung gezahlt, Zinsen für die Aussetzung der Vollziehung befinden sich in der Vollstreckung
FAD 12217	gegen die Zinsen der Aussetzung der Vollziehung wurde Widerspruch eingelegt
FAD 3835	die Aussetzung der Vollziehung ist noch aktuell, es liegt ein Antrag auf landwirtschaftliche Stundung vor, über den noch entschieden werden muß
FAD 3182	die Aussetzung der Vollziehung ist noch aktuell, es liegt ein Antrag auf landwirtschaftliche Stundung vor, über den noch entschieden werden muß
FAD 5116	die Aussetzung der Vollziehung ist noch aktuell, es liegt ein Antrag auf landwirtschaftliche Stundung vor, über den noch entschieden werden muss

**9. Sonstiges**

**9.1. Information von Stadtkämmerer Weber  
Parkplätze Bleichwasen bzw. Hallenbad Einstellung während der Haushaltsberatungen**

Stadtrat Weber verweist im Nachgang zu den Haushaltsberatungen sowie der Anfrage in der Sitzung des Finanzausschusses vom 13.02.2014, dass für die Parkplätze am Hallenbad sowie am Bleichwasen im Jahr 2014 Planungskosten eingestellt seien sowie für die Umsetzung jeweils 200.000,00 € in 2015. Falls die Planung im Jahr 2014 schneller voranschreite und eine Umsetzung bereits im Jahr 2014 möglich sein sollte, können die Mittel überplanmäßig auf das Jahr 2014 vorgezogen werden.  
Dies wird zur Kenntnis genommen.

**9.2. Anfrage von Stadträtin Richter  
Brandwache bei Veranstaltungen in der Alten Synagoge**

Stadträtin Richter möchte im Nachgang zur Information hinsichtlich des Brandschutzes in der Alten Synagoge durch Bauamtsleiter Graumann in der Sitzung des Finanzausschusses am 13.02.2014 wissen, ab welcher Personenzahl eine Brandwache bei Veranstaltungen in der Alten Synagoge notwendig sei.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass dies ab 100 Personen der Fall sei. Darüber hinaus sagt er zu, dass die Stadträte eine umfassende Information zum Brandschutz in der Alten Synagoge sowie das Brandschutzkonzept erhalten. Die Brandwache sei vom jeweiligen Veranstalter zu bezahlen.

**9.3. Dank von Stadtrat Heisel Mobilfunkantenne Königsberger Straße**

Stadtrat Heisel bedankt sich bei der Verwaltung, für die Möglichkeit der Diskussion hinsichtlich eines alternativen Mobilfunkstandortes zur Königsberger Straße.

Stadtrat Pauluhn wundert sich, dass die Mitglieder des Arbeitskreises hierzu alternative Vorschläge unterbreiten sollen, nachdem hierfür bereits die entsprechenden Beschlüsse vorliegen, welche die Verwaltung lediglich vollziehen müsse.

**9.4. Anfrage von Stadträtin Kahnt  
Ampelschaltung an der Siegfried-Wilke-Straße**

Stadträtin Kahnt kritisiert die Ampelschaltung im Bereich B 8/Siegfried-Wilke-Straße und stellt fest, dass die Rückstauungen oft bis zur Einfahrt Rewe/Aldi zurückreichen. Das Straßenbauamt habe bei der letzten Vorstellung im Gremium versprochen, dass sich die Situation verbessere, was aber offenbar noch nicht erfolgt sei.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass die Verwaltung lediglich die Hinweise an die Straßenbauamt weitergeben könne. In diesem Bereich habe der Ablauf auf der B 8 Vorrang, so dass mit diesem Zwangspunkt keine perfekte Lösung gefunden werden könne.

**9.5. Anfrage von Bürgermeister Christof Erzugriffsrecht ehem. Zollamt**

Bürgermeister Christof möchte wissen, wie man mit Erstzugriffsrechten seitens der BIMA umgehe und ob diese Entscheidung dem Stadtrat obliege. Dabei verweist er auf ein Angebot hinsichtlich des ehem. Zollamtes.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass zunächst eine Wertermittlung stattfinde, bevor eine Entscheidung im Gremium herbeigeführt werde.

Bürgermeister Christof wundert sich, dass hierüber der Stadtrat nicht vorab informiert werde.

Stadtrat Moser kritisiert, dass derartige nichtöffentliche Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung andiskutiert werden und dadurch der Eindruck entstehe, dass etwas seitens der Verwaltung nicht richtig läuft.

**9.6. Anfrage von Stadtrat Pauluhn**  
**- Umsetzung Stadtratsbeschluss "tarifgerechte Bezahlung bei städtischen GmbH's"**  
**- Interesse am Bau einer Eventhalle in Kitzingen**

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob der Beschluss hinsichtlich der tarifgerechten Bezahlung bei den städtischen GmbH's bereits umgesetzt wurde. Darüber hinaus kritisiert er, dass in der Zwischenzeit eine Vereinbarung unterzeichnet wurde, die der Beschlussfassung widerspricht.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass keine Vereinbarung unterzeichnet wurde, sondern lediglich der Aufsichtsrat in nichtöffentlicher Sitzung einen Beschluss gefasst habe. Diesbezüglich werde für die Stadtratssitzung am 13.03.2014 eine erneut Vorlage an den Stadtrat ergehen.

Darüber hinaus verweist Stadtrat Pauluhn auf ein Angebot eines Bauwerbers in Kitzingen eine Event-Halle zu errichten, was jedoch nicht umgesetzt werden konnte und nun in Rödelsee die Halle errichtet.

Oberbürgermeister Müller sei dies nicht bekannt.

**Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19:35 Uhr.**

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller  
Oberbürgermeister

Herbert Müller  
Verwaltungsfachwirt